

Ä21

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: Ä21 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 42 bis 55:

3. **Politische Verantwortung und Beteiligung**. [Zeilenumbruch]
3. Junge Menschen und ihre Verbände müssen ~~unverzüglich, dauerhaft~~ dauerhaft, verbindlich und ~~ernsthaft~~ wirksam in alle politischen Prozesse einbezogen werden, die ihre ~~Lebensrealitäten~~ Gegenwart und Zukunft betreffen. ~~Es muss~~ Dies beinhaltet, mit jungen Menschen ~~gesprochen und zu sprechen~~, ihre ~~Meinung~~ Perspektiven ernst ~~genommen werden zu nehmen und sie systematisch an politischen Entscheidungen zu beteiligen~~. Das gilt in ~~der~~ aktuellen Debatten um ~~die Reaktivierung des Wehrdiensts und den verpflichteten Ersatzdiensten~~ Wehrdienst besonders. [Leerzeichen]
3. Wir fordern ~~daher~~ deshalb die Absenkung des Wahlalters ~~und das Zusprechen des aktiven Wahlrechts~~ für junge ~~Menschen~~ Menschen ^[6], um politische Teilhabe strukturell zu sichern. Darüber hinaus müssen Jugendverbände als zentrale Orte demokratischer Bildung, Mitbestimmung und Friedenserziehung gefördert und systematisch in politische Prozesse ~~einbezogen~~ eingebunden werden. ~~Hier benötigt~~

3. Dafür braucht es ~~Beteiligungsmaßnahmen, mittels derer verbindliche~~ Beteiligungsmechanismen, die sicherstellen, dass Kinder, Jugendliche und junge ~~Menschen~~Erwachsene aktiv Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Die Positionierungen und Stellungnahmen von Jugendverbänden ~~sowie deren Stellungnahmen~~– insbesondere im Rahmen der Verbändebeteiligung ~~im bei~~ Gesetzgebungsverfahren – müssen in den politischen Entscheidungen Einfluss finden spürbar berücksichtigt werden. Nur so wird Beteiligung zur gelebten Demokratie und junge Menschen werden als gleichberechtigte politische Akteur*innen anerkannt.